



43,8 Prozent. Dieses Ergebnis hat die AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erreicht – eine „gesichert rechts-extremistische“ Partei, die unabhängige Medien als „Staatsfunk“ oder „Lügenpresse“ schmäht und damit eine der Stützen der Demokratie untergräbt. Journalismus gerät zunehmend unter Druck, auch durch die US-Digitalriesen.

Die haben eine unheimliche Markt- und Medienmacht, aber wollen keine publizistische Verantwortung übernehmen. Auf ihren Plattformen verbreiten sich Fake News, KI-generierte Antworten basieren auf der Auswertung journalistischer Angebote – ohne Zustimmung der Urheber, ohne Vergütung. Zudem setzt KI Falschbehauptungen in die Welt. Das

untergräbt ebenfalls die Demokratie, da Menschen auf glaubwürdige Informationen angewiesen sind, um sich eine Meinung zu bilden. Und: „Demokratie braucht viele Stimmen“. So nennt sich auch die Initiative unter maßgeblicher Beteiligung des Bundesverbands Digitalpublisher und Zeitungsverleger, zu der sich erstmals rund um den Interna-

tionalen Tag der Demokratie am 15. September verschiedene journalistische Medien und ihre Verbände zusammengeschlossen, um für Pressefreiheit und eine Medienlandschaft einzutreten, die Orientierung bietet und den Diskurs stärkt. Wie es um die Pressefreiheit steht? Deutschland ist in der Rangliste von Reporter ohne Grenzen von

Platz elf auf 14 gerutscht. In den Ländern unserer Korrespondentinnen und Korrespondenten ist die Lage oft noch besorgniserregender, doch in einem Land tut sich Positives, berichten sie hier – als Stimmen, die die Demokratie braucht. (wida)

„Möglichkeiten der Schikane gibt es genügend“

Thomas Spang, Washington



Die Einschläge kommen näher. Mich selbst trifft es bisher nicht. Um mich herum aber verändert sich die Lage für Journalisten in einem Tempo, das mich alarmiert. Viele meiner

deutschen Kollegen haben bereits ein Problem. An diesem 15. September treten neue Visaregeln in Kraft. Journalistenvisa gelten ab dann nur noch für höchstens 240 Tage. Wer bleiben will, muss bei der Einwanderungsbehörde Verlängerungen beantragen. Gelegenheit für die Regierung, Wohlgefälligkeit zu überprüfen. Es gibt nicht einmal eine Garantie, rechtzeitig vor Ablauf der neuen Frist eine Antwort zu erhalten. Korrespondenten, die seit Jahren hier lebten, müssen im Zweifel ausreisen. Sie wissen nicht, ob sie wieder zurückkehren können.

Bei amerikanischen Kollegen sehe ich noch größere Härten. Im Januar verhaftete die Polizei Don Lemon und Georgia Fort in Minnesota bei Protestkundgebungen. Die Bundespolizei FBI durchsuchte das Haus einer Reporterin der *Washington Post* und nahm ihre Laptops mit. Im Juli lieferten Bundesagenten vier Reportern der *New York Times* Vorladungen vor eine Grand Jury an der Haustür ab. Und bei der Militärzeitung *Stars and Stripes* verloren drei Journalisten ihren Job, weil sie auf redaktioneller Unabhängigkeit bestanden.

Dass die USA im Pressefreiheits-Ranking von Reporter ohne Grenzen um sieben Plätze abrutschten und nun auf Platz 64 stehen, wundert mich nicht mehr. Noch arbeite ich ungehindert. Ich frage mich nur, wie lange noch. Möglichkeiten der Schikane gibt es mehr als genügend.

„Kollegen wurden Opfer staatlicher Überwachung“

Julius Müller-Meiningen, Rom



Italien ist ein Land mit Medienpluralismus. Es gibt etwa 20 Tageszeitungen, die größten sind der *Corriere della Sera* und *La Repubblica*, dazu 50 Wochenmagazine und zahlrei-

che unabhängige Onlineportale. Dennoch fiel Italien im Weltindex der Pressefreiheit 2026 von Reporter ohne Grenzen vom 49. auf den 56. Platz zurück. Als Korrespondent fühle ich mich dennoch weiter frei und unabhängig in meiner Berichterstattung. Der Negativtrend bezieht sich vor allem auf die nationale Presse.

2024 verabschiedete die Regierung Meloni die sogenannte Legge bavaglio (Maulkorbgesetz). Es verbietet Journalisten, Wortlaute aus gerichtlichen Ermittlungsakten und Abhörprotokollen zu veröffentlichen. Das ist eine Einschränkung für die Arbeit der Kollegen in Italien, die das bisher durften. Aus deutscher Perspektive ist die Einschränkung, die die Unschuldsvermutung schützt, aber normal. Hier ist das wörtliche Zitieren von amtlichen Dokumenten eines laufenden Verfahrens vor der öffentlichen Verhandlung nicht erlaubt.

Persönlich habe ich nicht den Eindruck, dass meine Arbeit in Italien erschwert wird. Einige italienische Kollegen wurden aber sogar Opfer illegaler staatlicher Überwachung vonseiten des Geheimdienstes. Die Enthüllungen Anfang 2025 rund um den Einsatz der Paragon-Spyware Graphite haben eine politische Krise ausgelöst. Die Betroffenen stammen primär aus dem Bereich des investigativen Journalismus und der Seenotrettung von Migranten, darunter der Journalist Francesco Cancellato von *Fanpage.it* sowie die Mitbegründer der NGO Mediterranean Saving Humans, Luca Casarini und Giuseppe Caccia.

Der Skandal führte dazu, dass der Vertrag zwischen der Firma Paragon und der italienischen Regierung gekündigt wurde, die Vorwürfe sind ungeklärt.

„Gesetze gegen Journalisten sind zurückgenommen“

Katrin Pribyl, Brüssel/Budapest



Es war am 7. Juli, als der ungarische öffentlich-rechtliche Nachrichtensender *M1* erklärte: „Öffentliche Medien dürfen nicht lügen. Es tut uns leid, dass wir es so lange ge-

tan haben.“ *M1* galt unter Ex-Ministerpräsident Viktor Orbán als Sprachrohr der Regierung. Nun soll alles anders werden. Orbáns Nachfolger Péter Magyar hatte zuvor angekündigt, die Nachrichtenprogramme der „Propagandamedien“ auszusetzen.

Reporter ohne Grenzen sah in seinem Wahlsieg eine „einmalige Chance“, die Blockade bei der Pressefreiheit nach 16 Jahren Orbán aufzubrechen. Tatsächlich versucht der Konservative seit seinem Sieg im April in rasantem Tempo, Teile des Systems abzubauen, das sein autokratisch agierender Vorgänger geschaffen hatte. Laut Reporter ohne Grenzen kontrollierten am Ende der Ära Orbán Fidesz-nahe Kräfte rund 80 Prozent der Medienlandschaft. Magyar nahm nun unter anderem Gesetze gegen unliebsame Journalisten zurück und ließ den öffentlich-rechtlichen Rundfunk umbauen. Seine äußerst öffentlichkeitswirksamen Schritte kommen an, obwohl die Methoden nicht unumstritten sind. Als *M1* beispielsweise einen Orbán-nahen Chefredakteur einstellen wollte, genügte Magyars öffentliches „Ich denke nicht“, um die Personalle zu stoppen. Brüssel honoriert den Kurswechsel.

Fast 20 Milliarden Euro hatte die EU wegen Rechtsstaatsverstößen und Korruption blockiert. Mehr als 16 Milliarden wurden wieder freigegeben.

„Anfragen werden gerne einfach ignoriert“

Susanne Ebner, London



Großbritannien liegt im Pressefreiheitsindex 2026, zusammengestellt von Reportern ohne Grenzen, nur auf Platz 18 von 180 Staaten. Das überrascht zunächst, denn wer hier

arbeitet, erlebt eine so streitbare wie streitlustige Medienlandschaft. Politiker werden hart befragt, Fehler seziert. Die Zeiten, in denen besonders die Royals von Paparazzi verfolgt wurden, sind vorbei.

Einen Wendepunkt markierte der Abhörskandal um Rupert Murdochs *News of the World*, der 2011 in vollem Ausmaß öffentlich wurde: Von Boulevardzeitungen beauftragte Privatdetektive hatten sich Zugang zu den Mailboxen von Königshausmitgliedern, Prominenten, Politikern und sogar Verbrechenopfern verschafft. Es folgten Schadenersatzklagen unter anderem wegen Telefon-Hackings. Seither werden die Grenzen der Privatsphäre deutlich stärker respektiert, etwa im Fall der Kinder von Prinz William und Prinzessin Kate: Außerhalb offizieller Termine erscheinen von ihnen praktisch keine Bilder in den britischen Medien.

Problemlos ist journalistisches Arbeiten auf der Insel nicht – und darin liegt ein Grund für den 18. Platz. Studien zeigen, dass Drohungen und Online-Hass gegen Journalisten zugenommen haben. Für mich als Auslandskorrespondentin kommt noch etwas anderes hinzu: Nicht Zensur ist das Problem, sondern oft schlicht mangelndes Interesse und eine klassische Inselmentalität. Britische Politiker und Institutionen konzentrieren sich auf *BBC*, *Sky News* und die großen nationalen Zeitungen. Wer für ein ausländisches Medium arbeitet und damit nicht für die Wählerschaft der Volksvertreter schreibt, muss um Aufmerksamkeit kämpfen. Anfragen werden selten offen abgelehnt, das verbietet die englische Höflichkeit. Doch sie werden gerne einfach ignoriert. Die Freiheit zu berichten, ist groß – der Zugang ist es nicht immer.

„Es hat sich viel zum Schlechteren verändert“

Werner Reisinger, Wien



Ich arbeite seit 22 Jahren als Journalist, ich war für den öffentlich-rechtlichen *ORF* tätig, später schrieb ich für Zeitungen in Österreich, seit fast sechs Jahren arbeite ich nun

als Korrespondent und berichte aus Österreich. Auch wenn Österreich in internationalen Rankings noch immer ganz gut dasteht: Für uns als Journalisten hat sich, gerade in den letzten zehn Jahren, viel zum Schlechteren verändert. Vor allem politisch Verantwortliche sprechen immer weniger und wenn, dann immer weniger offen, mit uns. War es unter dem gefallenen, vermeintlichen „Star“ Sebastian Kurz nur die Kanzlerpartei ÖVP, die nur mit ausgewählten, ihnen gefälligen Kollegen gesprochen hat, so hat sich dieses Schema durchgesetzt: „Message Control“, also die strikte Kontrolle über die politischen Botschaften, ist inzwischen überall gang und gäbe. Der Grund ist aus meiner Sicht: Angst. Die allgegenwärtige Dominanz der rechtsextremen FPÖ, mit deren Machtübernahme – über kurz oder lang – alle in Österreich rechnen. Sie hindert viele Politiker – vom Bundespräsidenten angefangen bis auch zur Opposition –, in wichtigen Punkten Klartext zu sprechen. Egal, ob das die Klimakatastrophe angeht oder die grassierende Korruption in Österreich, die, wie ich denke, in Deutschland nach wie vor unterschätzt wird.

Was mir Hoffnung macht? Dass vor allem jüngere Kollegen und Kolleginnen hier selbstbewusst dagegenhalten. Was mir Sorge macht? Qualitätsjournalismus hatte es in Österreich seit 1945 noch nie leicht. Gerade jetzt aber stehen die Zeichen sicher nicht zum Besten, und es ist schwer, optimistisch zu bleiben.